

Ein Bild spricht Bände

Anlässlich des Besuchs von Israels Regierungschef Netanjahu in Berlin, forderte die Bundeskanzlerin Merkel die Durchführung der Zwei-Staaten-Lösung. Nachdem sie in der Vergangenheit vor der Knesset die Sicherheit und Souveränität Israels zur Staatsräson erklärt hatte, drängt auch sie die israelische Regierung zur Aufgabe der im Sechs-Tage-Krieg 1967 eroberten Gebiete.



Die Gründe, warum Israel auf die Vorbedingungen der Palästinenser nicht eingeht, führen wir nachstehend auf:

1. Palästinenser-Präsident Machmud Abbas zieht es vor, Israel wegen angeblicher Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzuklagen;

2. Machmud Abbas versucht unablässig, über das Forum der Vereinten Nationen in New York Israel als Verhandlungspartner zu kriminalisieren, während fast tagtäglich islamistische Terroristen israelische Zivilisten auf offener Straße ermorden. Die Mauer, die beide Staaten voneinander trennt, hat sich bislang als Sicherheitsbollwerk nicht wirklich bewährt. Da Palästinenser auch zur israelischen Bevölkerung gehören, haben sich unterdessen Zellen von Mudjaheddin (militante Moslebrüder) im Kernland gebildet. Dazu gehört der Bereich des so genannten „meschulasch“ in Umm el-Fachm in Südgalliläa unter Führung des Hardliners Raed Salah, der die Beseitigung des Staates Israel offen anstrebt (s. unser Bericht „Ist Integration mit Muslimen möglich?“ im „Bote Neues Israel“ ab Seite 37). Salah kann mit dem Ägypter Mursi verglichen werden, den Ägyptens Präsident Al Sissi inhaftieren ließ.

3. Abgesehen davon, daß die Palästinenser durch die „Fatach“ in der Westbank und der „Chamas“ im Gazastreifen kein homogenes Parteiprogramm verfolgen, zumal die Terror-Organisation „Chamas“ und ihre diversen Ableger nicht einmal mit den Israelis an einem Verhandlungstisch sitzen wollen und ebenfalls die Vernichtung des verhaßten Judenstaates durch Raketenangriffe und Tunnelanlagen, die auf israelisches Territorium führen, anstreben, ist es den gewählten politischen Vertretern des Volkes Israel nicht zuzumuten, sich auf deren Forderungen einzulassen.

4. Auch ist es nicht vorstellbar, daß ein so genannter „Palästinenserstaat“ aus zwei Teilen besteht, der nur durch einen Korridor zwischen Ramallah und Gaza Verbindung zueinander hat, wobei die moderate „Fatach“ bei den radikalen „Chamas“-Vertretern bislang keinen Konsens über eine gemeinsame Politik gegenüber dem Judenstaat gefunden hat. So müßte es für Vorverhandlungen mit Israel ein Grundanliegen der diversen Terror-Organisationen sein, wie auch jener zur Befreiung Palästinas, Israels Existenzrecht und Souveränität anzuerkennen. Dazu ist es bislang nicht gekommen!

5. Der Präsident der palästinensischen Autonomie-Behörde, Abbas, verlangt zudem die vollständige Rückgabe all jener Gebiete, die Israel im Verlauf des so genannten „Sechs-Tage-Krieg“ 1967 erobert hat, nachdem Ägypten, Jordanien und Syrien seinerzeit Israel angriffen, so daß es sich bei jener militärischen Auseinandersetzung um einen Verteidigungskrieg Israels gehandelt hatte.

6. Machmud Abbas verlangt die Freilassung sämtlicher Palästinenser, die in israelischen Gefängnissen aufgrund rechtstaatlicher Strafprozesse einsitzen; auch jener, die dabei Bürger Israels vorsätzlich getötet haben. Auf eine solche perfide Forderung kann sich Israel nicht einlassen.

7. Last not least verlangt Abbas die Rückkehr sämtlicher Flüchtlinge, die in Jordanien, Syrien und Libanon seit langem eine neue Heimat gefunden haben.

Da es sich dabei um die Sicherheit Israels handelt, kann Israel unter diesen Bedingungen auch aus strategischen Gründen keinen Palästinenserstaat zulassen. Die judäischen Berge in der Westbank wären strategisch dazu angetan, die gesamte Sharon-Ebene mit Tel Aviv und den israelischen Flughafen im Zentrum mit Raketen zu beschießen. Daher müßte die gesamte Westbank entmilitarisiert werden. Um einen Waffenschmuggel von Jordanien her zu unterbinden, müßte die Jordan-Ebene von israelischen Sicherheitskräften überwacht werden.